

---

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0723/2022**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 15.03.2022

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - AI -/1032  
Verfasser/-in: Vera Strobel, Christopher Nübel, Klaus Peter Möller, Melanie Tepe, Lutz Hiestermann, Dominik Erb, Heiner Geißler, Andrea Junge und Darwin Walter

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

### **Betreff:**

**Solidarität mit der Ukraine - Demokratie und Frieden gegen Angriffe schützen - Gießen als Sicherer Hafen!**

**- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Gießener LINKE, Gigg+Volt, FDP, FW und der Stadtverordneten Junge und Walter vom 14.03.2022 -**

### **Antrag:**

„Die Stadtverordnetenversammlung verurteilt den völkerrechtswidrigen militärischen Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine als einen eklatanten Bruch des Völkerrechts, der im deutlichen Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte der OSZE, der Satzung des Europarates und der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Mit dem Angriff auf die Ukraine bricht Russland die elementarsten Regeln der internationalen Ordnung. Es ist ein Angriff auf Demokratie und Freiheit. Das ist eine dunkle Stunde für Europa und alles, wofür es steht.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die politisch Verantwortlichen der Russischen Föderation, insbesondere Präsident Putin, die Gewalt unverzüglich und bedingungslos zu beenden, die Streitkräfte aus dem Territorium der Ukraine zurückzuziehen, die Integrität der ukrainischen Grenzen zu achten, und zur Diplomatie zurückzukehren, um so den Frieden wiederherzustellen und weitere katastrophale Folgen für den ganzen Kontinent zu vermeiden.

Frieden ist und bleibt das wertvollste Gut. Als Teil Europas ist es auch in Gießen unsere Verantwortung, den Frieden zu bewahren. Der russische Angriffskrieg ist eine Bedrohung für die internationale Friedensordnung und für das friedliche Zusammenleben in Europa, Deutschland und auch für uns hier in Gießen. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen dankt deshalb allen, die in den vergangenen Wochen überparteiliche Friedensdemonstrationen organisiert haben und lobt besonders den Mut der Demonstrierenden in Russland, die zeigen, dass es

auch dort, trotz massiver Zensur, gezielter Falschinformation und gewaltsamer Unterdrückung freier Meinungsäußerung durch das russische Regime, Widerstand gegen den Angriffskrieg gibt.

Die Stadtverordnetenversammlung betont ihre Solidarität mit der Ukraine, den angegriffenen ukrainischen Städten und der gesamten ukrainischen Bevölkerung in diesen schweren Stunden. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt und unterstützt insbesondere Sanktionen, die Putin, sein Umfeld und die russischen Oligarchen treffen. Die Ukraine ist als souveräner Staat integraler Bestandteil Europas. Dies gilt ebenso für die angrenzenden demokratischen Nachbarstaaten und für die Staaten des Baltikums, deren Ängste wir verstehen und denen wir ebenfalls unsere Solidarität zusichern.

Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihre Entscheidung, als Stadt Mitglied im Bündnis Städte Sicherer Häfen zu sein und damit die Bereitschaft zur Aufnahme von flüchtenden und geflüchteten Menschen zu signalisieren. Dies gilt derzeit insbesondere für Menschen aus der Ukraine, die vor dem Krieg und Lebensgefahren durch militärische Angriffe von Putins Russland, vor hierdurch drohenden und bereits geschehenen Verbrechen, Menschenrechtsverstößen sowie vor Unterdrückung fliehen.

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an Bundes- und Landesregierung, diplomatisch alles dafür zu tun, dass diese Menschen den Gefahren für ihr Leben und ihre Unversehrtheit durch bewaffnete Angriffe Russlands und einer etwaigen russischen Besatzung entkommen können. Sie fordert den Magistrat auf, gegenüber Bundes- und Landesregierung darzustellen, dass die Stadt Gießen bereit ist, zusätzlich Menschen, die deshalb aus der Ukraine fliehen, aufzunehmen, und alle Kräfte daran setzen wird, diesen Menschen ein sicheres Umfeld zu bieten und eine angemessene Versorgung und Unterkunft zu gewährleisten.

Sie erklärt ihr Verständnis und ihre Unterstützung für die Menschen aus der Ukraine, die in unserer Stadt leben und in großer Sorge um ihre Familien und Freund:innen in der Ukraine sind. Auch ist es der Stadtverordnetenversammlung wichtig festzuhalten, dass die in Deutschland lebenden Menschen russischer Herkunft in der aktuellen Situation nicht für das unverantwortliche Verhalten der russischen Führung in Mitverantwortung genommen werden dürfen. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt daher ausdrücklich bereits erfolgte Bekenntnisse aus der deutsch-russischen Gemeinde in der Region gegen die russische Aggression, wie sie beispielsweise durch den Vorstand und das Team der Mitarbeiter:innen des Bundesverbands russischsprachiger Eltern e.V. und das Deutsch Russische Zentrum Gießen e.V. am 24. Februar 2022 erfolgt ist. Die Stadtverordnetenversammlung ruft daher die Gießener:innen dazu auf, unsere ukrainischen Mitbürger:innen und Flüchtende so gut wie möglich zu unterstützen, aber gleichzeitig unsere russischen Mitbürger:innen nicht zu diskriminieren und nicht für Putins Angriffskrieg mitverantwortlich zu machen.“

### **Begründung:**

Die aktuellen Geschehnisse der bewaffneten Angriffe auf die Ukraine durch die Russische Föderation lassen wohl niemand unberührt und lösen in Deutschland und auch in Gießen große Unsicherheit und Ängste vor einem Ausbreiten von kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa aus. Auch in Gießen sind Menschen in großer Sorge um ihre Angehörigen und Freunde in der Ukraine. Wir stehen an ihrer Seite. Die zivile Bevölkerung ist vom Krieg am meisten betroffen und Menschenleben dürfen nicht weiter durch Putin und seine Gefolgschaft für nationalstaatliche Interessen gefährdet

werden. Wir wollen unsere Bereitschaft erklären, Menschen aus der Ukraine, die vor diesen militärischen Angriffen flüchten wollen und müssen, in unserer Stadt aufzunehmen und für sie zu sorgen.

Die Angriffe der Russischen Föderation auf das Staatsgebiet der Ukraine verletzen elementare und fundamentale Völkerrechtsregeln, an die Russland als Mitglied der Vereinten Nationen gebunden ist. Die Angriffe verstoßen gegen das Gewaltverbot und das Interventionsverbot und sind nicht zu rechtfertigen. Russland muss sich bei bewaffneten Auseinandersetzungen an geltendes humanitäres Völkerrecht halten. Es muss seine Angriffe unmittelbar einstellen, um die Verstöße gegen Völkerrecht zu beenden. Konflikte sind im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen auf friedliche Weise zu lösen. Nur so ist der Frieden in Europa wiederherzustellen und eine weitere Konfliktausbreitung zu verhindern.

Vera Strobel  
Fraktion  
Bündnis 90/GR

Klaus Peter Möller  
CDU-Fraktion

Christopher Nübel  
SPD-Fraktion

Melanie Tepe  
Fraktion Gießener LINKE

Lutz Hiestermann  
Fraktion Gigg+Volt

Dominik Erb  
FDP-Fraktion

Heiner Geißler  
FW-Fraktion

Andrea Junge, Darwin Walter  
Die Partei